

Kollektivierte Nomaden : die Gründung der Volksrepublik Mongolei vor 85 Jahren

Autor(en): **Koller, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **87 (2009)**

Heft 3

PDF erstellt am: **02.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342169>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kollektivierte Nomaden: Die Gründung der Volksrepublik Mongolei vor 85 Jahren

Christian Koller

Nach dem Zweiten Weltkrieg schossen als Folge der sowjetischen Machtexpansion und des Endes der europäischen Kolonialreiche sich als «Volksrepubliken» bezeichnende Staaten, die sich in ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an die Sowjetunion anlehnten, in Ostmittel- und Südosteuropa und bald auch in Ostasien und anderen Weltregionen wie Pilze aus dem Boden. Zuvor war im westlichen Bewusstsein das Reich Lenins und Stalins der einzige kommunistische Staat der Welt gewesen. Im Anschluss an den Ersten Weltkrieg und die russische Oktoberrevolution entstandene, kommunistisch dominierte «Räterepubliken» wie in Bayern und Ungarn waren nach kurzer Zeit von konterrevolutionären Kräften beseitigt worden. Die in den Randgebieten des ehemaligen Zarenreiches gegründeten unabhängigen «Sowjetrepubliken» Ukraine, Weissrussland und Transkaukasien vereinigten sich nach dem Ende des russischen Bürgerkrieges 1922 wieder mit Russland zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Kaum beachtet wurde im Westen dagegen die Entstehung eines weiteren kommunistischen Staates in der Äusseren Mongolei, die sich ab 1924 als «Volksrepublik» bezeichnete.

Die Gründung dieses weltweit erst zweiten dauerhaften kommunistischen Staates war ein Kuriosum. Marx und Engels hatten bekanntlich den Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung, die proletarische Revolution und den Übergang zum Sozialismus und dann zum Kommunismus für die industriell am weitesten fortgeschrittenen Staaten vorausgesagt. Schon die Entwicklung in Russland entsprach in keiner Weise den marxistischen Theorieerwartungen, besass das Land doch trotz einer in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg beschleunigten Industrialisierung nur eine relativ kleine Industriearbeiterschaft und war noch stark agrarisch geprägt. In der Mongolei aber konnte im frühen 20. Jahrhundert selbst von einem beginnenden Industriekapitalismus schwerlich die Rede sein. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung lebte in dem extrem dünn besiedelten Land als nomadisierende Viehzüchter. Rund ein Sechstel der Männer waren buddhistische Mönche und die Klöster kontrollierten weite Teile des Landes. Die Hauptstadt Örgöö beziehungsweise Chüree (heute Ulaanbaatar), die 1639 gegründet worden war, aber bis 1778 etwa 25-mal ihren Standort gewechselt hatte, zählte zu Beginn des 20. Jahrhunderts als grösste Siedlung des Landes nur etwa 25 000 EinwohnerInnen, wovon etwa 14 000 Mönche.

Die Gründung der Volksrepublik Mongolei im Jahre 1924 war wesentlich das Resultat der Überlagerung interner Machtkämpfe mit dem Bestreben, die jahrhundertlange Fremdbestimmung abzuschütteln. Nachdem Tschingis Khan und

seine Nachfolger im 13. Jahrhundert das Mongolenreich zum grössten zusammenhängenden Herrschaftsbereich der Weltgeschichte gemacht hatten, der auf seinem Höherpunkt von China, Korea und Indochina bis nach Anatolien, zur Ukraine und an die Grenzen des Balkans reichte und mehrfach auch Mitteleuropa bedrohte, führten vor allem interne Streitigkeiten in den folgenden Jahrhunderten zu einem Niedergang der mongolischen Macht und einem wachsenden Einfluss ausländischer Mächte, insbesondere Tibets, von wo aus sich im 16. Jahrhundert der Buddhismus in der Mongolei durchsetzte, und Chinas, das im Verlauf des 17. Jahrhunderts die ganze Mongolei unter seine Herrschaft brachte. Gründeten die mittelalterlichen Khane ihre Macht auf eine zentralisierte Heeresverfassung, religiöse Toleranz und eine hoch entwickelte Verwaltung mit dem Zentrum in der alten Hauptstadt Karakorum und schufen einen einheitlichen Wirtschaftsraum, der Handel von Ostasien bis nach Europa ermöglichte, so erfolgte parallel zum Zerfall des Reiches die Rückkehr zur auf Familienverbänden beruhenden nomadischen Lebensweise in der Steppe.

Als im Jahre 1911 das chinesische Kaisertum gestürzt wurde, sahen Teile des mongolischen Adels die Zeit gekommen, die chinesische Herrschaft abzuschütteln. Sie riefen die Unabhängigkeit aus und machten den Bogd Lama, das religiöse Oberhaupt des tibetischen Buddhismus in der Mongolei, auch zum politischen Herrscher (Khan) einer theokratischen Monarchie. Ende Dezember 1911 wurde Gegeen Jebtsundamba Khutugtu VIII. (1870–1924) als Bogd Khan inthronisiert. Im Jahre 1914 wurde eine parlamentarische Versammlung (Hural) mit zwei Kammern eingerichtet, 1915 ein Gesetzbuch erlassen. Ebenfalls 1915 schlossen das zarische Russland, die neue Republik China und die Bogd-Regierung einen Vertrag ab, der den Status der Mongolei klären sollte. Während China die ganze Mongolei wieder in seinen Herrschaftsbereich eingliedern wollte und die Bogd-Regierung umgekehrt auf die Unabhängigkeit drängte, setzte sich in den Verhandlungen schliesslich die russische Position durch, die auf eine eingeschränkte Autonomie für die Äussere Mongolei unter chinesischer Oberherrschaft abzielte, während die Innere Mongolei integraler Bestandteil des chinesischen Staatsverbandes bleiben sollte. Im Gefolge der russischen Revolution marschierten dann aber chinesische Truppen unter dem Vorwand, ein Übergreifen des Bolschewismus zu verhindern, in der Äusseren Mongolei ein und erzwangen von der Bogd-Regierung 1919 den Verzicht auf den Autonomieanspruch. Der Bogd Khan wurde unter Hausarrest gestellt, führende mongolische Politiker verhaftet oder ermordet.

1920/21 trat mit dem «verrückten Baron» Robert von Ungern-Sternberg ein neuer Akteur auf den Plan. Der deutschbaltische Aristokrat hatte im russischen Bürgerkrieg auf der Seite der antibolschewistischen «Weissen» ein Kosakenregiment kommandiert, machte sich aber 1920 von seinem Oberbefehlshaber Grigori Semjonow unabhängig, marschierte im Februar 1921 in der mongolischen Hauptstadt Chüree ein und vertrieb die Chinesen. Ungern-Sternberg, der politisch eine wirre Mischung von russischem Nationalismus und Monarchismus, fernöstlichen Glaubenssystemen und Antisemitismus vertrat, setzte formal den Bogd Khan wieder ein, errichtete faktisch aber eine persönliche Militärdiktatur, die sich in den wenigen Monaten ihres Bestehens vor allem durch Mord und Plünderungen hervortat.

Im März 1921 erklärte das neue Regime erneut die Unabhängigkeit der Mongolei von China. Im selben Monat bildeten aber junge Oppositionelle wie Damdin Süchbaatar (1893–1923) und Chorloogiin Tschoibalsan (1895–1952), die im Vorjahr die Mongolische Volkspartei gegründet hatten und vor den Chinesen nach Sibirien geflüchtet waren, mit sowjetischer Hilfe eine Exilregierung sowie eine 400 Mann starke Revolutionäre Volksarmee unter dem Kommando Süchbaatars. Letztere eroberte kurz darauf mit Unterstützung der Roten Armee einen noch von den Chinesen gehaltenen Grenzzort und stiess dann im Juli bis in die Hauptstadt vor. Nach diesen als «Revolution von 1921» bekannten Vorgängen etablierte die Volkspartei eine neue Regierung, behielt aber den Bogd Khan als nominelles Staatsoberhaupt bei. Im September 1921 wurde erneut die Unabhängigkeit proklamiert. Süchbaatar verstarb bereits 1923 und sollte in der Folge als Revolutionsheld zum Gegenstand eines Personenkultes werden, der demjenigen um Lenin in der Sowjetunion stark ähnelte.

In den folgenden Jahren nahm der sowjetische Einfluss auf die inneren Angelegenheiten der (nominell immer noch unter chinesischer Oberherrschaft stehenden) Äusseren Mongolei zu. Die Volkspartei, deren einziges Ziel bei ihrer Gründung die nationale Unabhängigkeit gewesen war, hatte sich kurz nach der Invasion von Ungern-Sternbergs in Mongolische Revolutionäre Volkspartei umbenannt und ein marxistisches Programm verabschiedet. Im August 1921 wurde unter der Schirmherrschaft der Kommunistischen Jugendinternationale die Mongolische Revolutionäre Jugendunion ins Leben gerufen, die weit stärker unter sowjetischem Einfluss stand als die Partei. Letztere bezeichnete auf ihrem Kongress vom Sommer 1924 die Errichtung des Kommunismus unter Umgehung des Kapitalismus als ihr Ziel. Als der Bogd Khan starb, rief die Regierung im November 1924 die Mongolische Volksrepublik aus. Das Auffinden einer Reinkarnation des Bogd, die nach lamaistischer Tradition hätte als buddhistisches Oberhaupt der Mongolei folgen sollen, wurde verhindert. Ende der 20er Jahre erfolgten Aktionen zur Kollektivierung der Viehherden und zur Enteignung der Klöster und des Adels sowie das Verbot privatwirtschaftlicher Betätigung. Diese Schritte liefen parallel zum Ende der gemischtwirtschaftlichen «Neuen Ökonomischen Politik (NEP)» und zum Übergang zu einer zentralisierten Planwirtschaft mit Fünfjahresplan und kollektivierter Landwirtschaft in der Sowjetunion. Im Unterschied zum «grosser Bruder» konnte in der Mongolei indessen ein rascher schwerindustrieller Aufbau kein realistisches Ziel sein.

Der forcierte Übergang von der weitgehend nomadischen zur kollektivierten Landwirtschaft führte zu einer Wirtschaftskrise und zu lokalen Aufständen, die nur mit Hilfe der Roten Armee unterdrückt werden konnten. Nach 1932 wurde, im Unterschied zur Sowjetunion, die Planwirtschaft wieder abgebaut zugunsten einer «Neuen Reformpolitik», die der sowjetischen NEP nachempfunden war. Schon 1936 kam es aber zu einem erneuten Kurswechsel, der mit einer personellen Veränderung an der Staats- und Parteispitze verbunden war. Die gemässigte Politik des seit 1932 amtierenden Premierministers Peldschidiin Genden (1892–1937), der sich der Verfolgung der buddhistischen Mönche und der Stationierung sowjetischer Truppen im Lande zu widersetzen versuchte und 1935 an einem Treffen

mit Stalin diesen des «roten Imperialismus» bezichtigt hatte, geriet immer mehr in Konflikt mit dem Kreml. Im März 1936 inszenierten die Sowjets auf einer Plenarversammlung der Revolutionären Volkspartei Gendens Absetzung. Neuer starker Mann wurde Chorloogiin Tschoibalsan. Genden wurde zunächst unter Hausarrest gestellt und schliesslich im November 1937 in Moskau wegen angeblicher Spionage für Japan erschossen.

Tschoibalsan war ein bedingungsloser Verfechter des Stalinismus. Wie sein sowjetisches Vorbild inszenierte er um seine Person einen extremen Kult und überzog die Mongolei von 1937 bis 1939 mit Säuberungen. Neben innerparteilichen Rivalen, die zumeist unter dem Vorwand angeblicher Spionage für Japan verfolgt wurden, waren ein besonderes Ziel dieser Attacken die buddhistischen Klöster, von denen die grosse Mehrheit zerstört wurde. Insgesamt fielen dem Staatsterror der späten 30er Jahre geschätzte 30 000 Personen zum Opfer, dies bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 700 000 Menschen. Zugleich, auch hierin der Politik Stalins folgend und auf sowjetische Hilfe zählend, erfolgten unter Tschoibalsans Ägide wesentliche infrastrukturelle Verbesserungen wie der Bau von Strassen und die Einrichtung von Telefonlinien. Auch das Bildungswesen wurde verbessert. Nachdem 1921 in der Hauptstadt mit dem Aufbau eines flächendeckenden Grundschulsystems begonnen worden war, entstanden ab 1939 Schulen mit sieben bis acht Klassen, die bereits zwölf Jahre später um zwei Klassenstufen erweitert und damit dem sowjetischen System angepasst wurden. Hatte zu Beginn des Jahrhunderts nur eine kleine Minderheit das Lesen und Schreiben beherrscht, so sank nun die Analphabetenrate beinahe auf Null. An die Stelle der komplizierten altmongolischen Schrift trat 1941 das lateinische und 1946 schliesslich das kyrillische Alphabet.

Die Bedrohung durch den japanischen Expansionismus, die unter Tschoibalsans Herrschaft als Vorwand vieler Säuberungen diente, war indessen mehr als nur eine Angstphantasie des Diktators. Nach der Eroberung der Mandschurei im Jahre 1931 und der Errichtung des Marionettenstaates Mandschuko war Japan zum direkten Nachbarn der Mongolischen Volksrepublik geworden. Im Gebiet von Khalkhin Gol kam es Ende der 30er Jahre aufgrund von Streitigkeiten über den genauen Grenzverlauf zwischen der Mongolei und Mandschuko zu einer bewaffneten Auseinandersetzung, bei der sowjetische und mongolische Truppen unter dem Kommando des nachmaligen Weltkriegshelden Georgi Schukow den Japanern in drei Schlachten eine empfindliche Niederlage beibrachten. Diese Waffenbrüderschaft ging nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion vom Sommer 1941 weiter. Zum einen wurde die mongolische Volkswirtschaft nun vollständig auf die Unterstützung der sowjetischen Kriegsanstrengungen ausgerichtet. Zum anderen kämpfte an der Seite der Roten Armee eine mongolische Panzerbrigade, die sich 1945 an der Schlacht um Berlin beteiligte. Nach Kriegsende forderte Stalin von China, nach der faktischen auch die rechtliche Unabhängigkeit der Äusseren Mongolei anzuerkennen. Am 20. Oktober 1945 fand ein Referendum statt, in dem sich 487 400 Personen für die vollständige Unabhängigkeit aussprachen, während keine einzige Nein-Stimme abgegeben wurde.

Während des Kalten Krieges blieb die Mongolei eine enge Verbündete der Sowjetunion. Nach der Etablierung weiterer kommunistischer Staaten pflegte sie intensive Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, insbesondere zur DDR, sowie zu Nordkorea. Kurz nach Maos Machtübernahme anerkannte 1949 auch die neu gegründete Volksrepublik China die Volksrepublik Mongolei, wobei Mao aber insgeheim auf eine Reintegration der Äusseren Mongolei in den chinesischen Staatsverband hoffte und dieses Thema bis in die 50er Jahre mehrfach bei den Sowjets vorbrachte. Folgerichtig blieb die Mongolei in den 60er Jahren nach dem Bruch zwischen Moskau und Peking an der Seite der Sowjetunion. Gewährleistet wurde diese enge Bindung durch die Person Jumschaagiin Tsedenbals (1916–1991), der in den 40er Jahren zum starken Mann der Mongolei aufgestiegen war.

Tsedenbal war in den 30er Jahren in der Sowjetunion in Irkutsk und Ulan Ude ausgebildet worden und hatte dort einen wirtschaftswissenschaftlichen Abschluss gemacht. Nach seiner Rückkehr in die Mongolei wurde er 1940 Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei. Nach Tschoibalsans Tod übernahm er 1952 auch das Amt des Premierministers. 1958 wurde Tsedenbal zudem erster Sekretär des ZK der Revolutionären Volkspartei und 1974 schliesslich Staatspräsident. Parallel zur Entstalinisierung in der Sowjetunion, die im Februar 1956 mit Nikita Chruschtschows berühmter Geheimrede vor dem XX. Parteitag der KPdSU einsetzte, kritisierte die Mongolische Revolutionäre Volkspartei 1956 die «Fehler» Tschoibalsans, vor allem seinen Personenkult. Eine wichtige Rolle im mongolisch-sowjetischen Verhältnis spielte Tsedenbals russische Gemahlin Anastasia Filatowa, die eng mit Leonid Breschnew befreundet war, der zu Beginn der 60er Jahre zum starken Mann im Kreml aufstieg. Vielen galt Filatowa gar als die einflussreichste Persönlichkeit in der mongolischen Politik.

In wirtschaftlicher Hinsicht erfolgte nach dem Zweiten Weltkrieg ein starker Aufschwung der nach sowjetischem Muster organisierten industriellen Produktion, vor allem des Kohleabbaus, der Ölgewinnung und der Verarbeitung von Wolle, Fleisch und Leder. In der Landwirtschaft setzte der planmässige Anbau von Getreide, auch für den Export in die kommunistischen Bruderländer, ein. 1958 wurde die Viehzucht erneut und diesmal dauerhaft kollektiviert, nun aber auf der Basis des von der Regierung aktiv unterstützten Nomadismus. Das Bildungswesen wurde weiter ausgebaut, ebenso das Gesundheitssystem, das das hohe Niveau der europäischen Ostblockstaaten erreichte. Dadurch wuchs, durchaus im Sinne der offiziellen Politik, die Bevölkerung des dünn besiedelten Landes stark an, in den 80er Jahren um bis zu drei Prozent pro Jahr. Von knapp einer Million zu Beginn der 60er Jahre sprang die Bevölkerungszahl der Mongolei auf 2,2 Millionen zu Ende der 80er Jahre.

Damit einher ging eine gewisse Verstädterung. Die Bevölkerungszahl der Hauptstadt Ulaanbaatar wuchs auf gegen eine Million. An die Stelle der alten Jurtenquartiere traten in der Kapitale mehr und mehr Plattenbauten sowjetischen Stils. Elektrizitäts- und Heizkraftwerke entstanden. Freizeiteinrichtungen wie Kinos, Theater, Sportanlagen und Museen kündeten zunehmend vom Eintritt der mongolischen Kapitale in die kulturelle Moderne realsozialistischen Zuschnitts. Zwischen 1949 und 1961 wurde die Transmongolische Eisenbahn erbaut, welche



Ulaanbaatar mit dem sowjetischen Ulan Ude verband und damit an die Transsibirische Eisenbahn anschloss und andererseits zur chinesischen Stadt Jining führte und dadurch eine Verbindung zum chinesischen Eisenbahnnetz herstellte. Die sowjetische Reformpolitik unter Michail Gorbatschow ab Mitte der 80er Jahre veränderte auch die Mongolei grundlegend. Bereits 1984 war Tsedenbal auf sowjetischen Druck hin wegen Alters und Geistesschwäche zum Rücktritt von allen Staats- und Parteiämtern genötigt worden. Darauf folgte eine vorsichtige Reformpolitik, die aber zunächst das Herrschaftsmonopol der Revolutionären Volkspartei noch nicht antastete. Ab 1987 zog die Sowjetunion ihre Truppen aus der Mongolei zurück und baute ihre technische und finanzielle Hilfe für das Land schrittweise ab. Am 10. Dezember 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Berliner Mauer, kam es dann zu offenen Protesten beim Jugendzentrum in Ulaanbaatar, wo Rufe nach einer konsequenten Umsetzung von «Glasnost» und «Perestroika», nach demokratischen Wahlen und Wirtschaftsreform laut wurden. In den folgenden Wochen nahmen die Demonstrationen zu. Ab dem 21. Januar 1990 versammelten sich die Oppositionellen auch auf dem zentralen Süchbaatar-Platz vor dem Parlamentsgebäude sowie dem Mausoleum von Süchbaatar und Tschoibalsan und nahe dem Hauptsitz der Revolutionären Volkspartei. Am 7. März traten auf dem Süchbaatar-Platz zehn Oppositionelle in einen Hungerstreik und wurden dabei von Tausenden unterstützt. Zwei Tage darauf trat das Politbüro der Revolutionären Volkspartei zurück und die Regierung kündigte freie Wahlen an. Diese fanden Ende Juli 1990 statt und endeten mit einem deutlichen Sieg der bisherigen Einheitspartei, die rund 60 Prozent der Stimmen und, aufgrund des herrschenden Mehrheitswahlrechts, 85 Prozent der Mandate gewann. Die oppositionellen sozialdemokratischen, liberalen und grünen Kräfte waren noch zu wenig organisiert, zu zersplittert und ausserhalb der Hauptstadt zu wenig präsent, um den Urnengang für sich zu entscheiden.

Dennoch setzte in den folgenden Jahren ein rasanter Wandel ein. 1991 sagte sich die Regierungspartei offiziell vom Marxismus-Leninismus los. Im folgenden Jahr wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die die Bezeichnung «Volksrepublik» abschaffte. Ende Juni 1992 gewann die Revolutionäre Volkspartei die Neuwahlen erneut deutlich und eroberte 70 der 76 Mandate. Erst vier Jahre darauf ging die Opposition erstmals als Siegerin aus einem Urnengang hervor und bildete in der Folge eine Koalitionsregierung, die sich jedoch als instabil erwies und immer wieder von Skandalen erschüttert wurde. Schon 1997 gewann die Revolutionäre Volkspartei in den Präsidentschaftswahlen und im Jahr 2000 auch wieder in den Parlamentswahlen. 2003 wurde die gewandelte Partei als Vollmitglied in die Sozialistische Internationale aufgenommen. 2004 endeten die Parlamentswahlen mit einem Patt, das zur Bildung einer grossen Koalition führte, welche die Revolutionäre Volkspartei aber bereits Anfang 2006 zugunsten einer Minderheitsregierung auflöste. Die Wahlen vom Sommer 2008 endeten mit einem unerwartet deutlichen Sieg der Revolutionären Volkspartei und waren, erstmals in der Geschichte der jungen mongolischen Demokratie, von Unruhen begleitet, welche fünf Todesopfer forderten. Die von der Opposition gewonnenen Präsidentschaftswahlen vom Mai 2009 verliefen dann wieder ruhig.

Das durch den Wegfall des Marxismus-Leninismus entstandene ideologische Vakuum wurde durch eine Renaissance des Buddhismus sowie vor allem eine massive Aufwertung der eigenen legendären Vergangenheit gefüllt. In der Umbruchszeit avancierte Tschingis Khan zur Ikone der Reformbefürworter, die sein Portrait auf vergoldeten Plastikbuttons zu tragen pflegten. Auch T-Shirts, Wandteppiche, Gedenkmünzen und weitere Devotionalien mit dem Konterfei des Grosskhans erfreuten sich plötzlich grosser Beliebtheit. Im August 1990 wurde der 750. Jahrestag der «Geheimen Geschichte» des mongolischen Imperiums, der wichtigsten historischen Quelle zu Tschingis Khan, feierlich begangen. Tschingis Khan wurde auch in Liedern neu entstandener Rockgruppen verherrlicht und zum Namensgeber für Bier- und Wodkamarken. In der Folge griff auch die Regierung den Kult um den legendären Herrscher auf. Der Reichstag von 1206, der dem Feldherrn den Titel eines Grosskhan verliehen hatte, wurde zum Gründungsereignis des mongolischen Staates verklärt. Entsprechend wurde 2006 der angebliche 800. Geburtstag dieses Staates mit grossem Pomp gefeiert. Im Hinblick auf die Feierlichkeiten erlebte auch das Parlamentsgebäude eine erinnerungspolitische Umgestaltung. 15 Jahre nach dem Ende des Kommunismus wurde die dem Lenin-Mausoleum nachempfundene Gedenkstätte vor dem Eingang zur Volksvertretung abgetragen, in der die sterblichen Überreste von Süchbaatar und Tschöibalsan geruht hatten. An ihre Stelle trat ein 5,5 Meter hoher, auf einem Thron sitzender Tschingis Khan, der seither über den Zutritt zum Parlament wacht. Bei der Einweihung des Denkmalkomplexes betonte Präsident Nambaryn Enchbajar in einem Fernsehinterview, die Besinnung auf Geschichte und Kultur der Mongolei solle Handeln und Streben der jungen Generation befruchten.

Wofür der Grosskhan aber genau stehen sollte, blieb verschwommen. Der erste demokratisch gewählte Staatspräsident Punsalmaagijn Otschirbat verkündete lautstark, die Mongolei wolle «der fünfte Tigerstaat Asiens» werden. Die militärischen Eroberungen Tschingis Khans sollten sich also im Zeitalter des globalisierten Kapitalismus gleichsam auf dem weltwirtschaftlichen Terrain wiederholen. Um diese Pläne wurde es indessen angesichts der Probleme des Transformationsprozesses rasch ruhig. Die Einstellung der Moskauer Wirtschaftshilfe, die 30 Prozent des mongolischen Bruttosozialprodukts ausgemacht hatte, der Wegfall der Absatz- und Beschaffungsmärkte des kommunistischen «Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe», über den die Mongolei 95 Prozent ihres Aussenhandels abgewickelt hatte, sowie der Abzug aller osteuropäischen Experten führten zunächst zu einer massiven Wirtschaftskrise. Das Volkseinkommen schrumpfte zwischen 1991 und 1993 um 20 Prozent, die Exporte fielen um die Hälfte, die Investitionen um 70 Prozent. Erst Mitte der 90er Jahre wandte sich das Blatt allmählich. Von 1995 bis 1999 wurden jährliche Wachstumsraten zwischen 3,3 und 6,3 Prozent erzielt, ab der Jahrtausendwende bis 2008 dann gar von bis zu zehn Prozent. Während der Anteil der Privatwirtschaft, die vom rasch wachsenden Dienstleistungssektor bis zur reprivatisierten Viehzucht der NomadInnen reichte, auf gegen 80 Prozent wuchs, verblieb der Bergbau als zentraler Sektor der mongolischen Industrie teilweise in staatlichem Besitz. Das rasche Wachstum nach der Jahrtausendwende war vor allem steigenden Weltmarktpreisen für Gold, Kupfer und Molybdän zu

verdanken. Mit den fallenden Rohstoffpreisen ab 2008 brach dann aber das mongolische Volkseinkommen ebenso stark ein.

Setzte die marktwirtschaftliche Reformpolitik ab 1990 dem rasanten Niedergang der mongolischen Volkswirtschaft nach einigen Jahren ein Ende, so verschärfte sie zugleich die sozialen Gegensätze. Während einige wenige so genannte «neue Mongolen» zu raschem Reichtum gelangten, verarmten weite Bevölkerungskreise in der Hauptstadt wie auch auf dem Lande. Im Jahr 2004 lebte über ein Drittel der mongolischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze und gar 41 Prozent galten als unzureichend ernährt. In Ulaanbaatar tauchte schon bald nach der Wende das Phänomen bettelnder und krimineller Strassenkinder auf. Auch machte sich eine gewisse Tendenz zur Renomadisierung bemerkbar. Verarmte Städter mit nomadischen Wurzeln zogen aufs Land zurück und widmeten sich als nomadische oder halbnomadische Viehzüchter wieder der Landwirtschaft. So erreichte der Viehbestand im Jahre 2007 mit 40 Millionen Tieren (Schafe, Ziegen, Rinder, Pferde, Kamele) einen Rekordstand. Obwohl der Landwirtschaftssektor weniger als 20 Prozent des mongolischen Bruttosozialprodukts erwirtschaftete, beschäftigte er ein Drittel der Bevölkerung. Eine Folge dieser Entwicklung waren ökologische Probleme durch Überweidung.

Verschärft wurden diese Tendenzen durch den Zusammenbruch der einst vorbildlichen Einrichtungen im Bildungs- und Gesundheitswesen. Stellte noch 1992 eine Studie der «Asian Development Bank» bei der mongolischen Bevölkerung erstaunt eine Alphabetisierungsquote von 99 Prozent fest, so wurden die Bildungsausgaben im Rahmen der Reformpolitik gekürzt und viele Nomaden verzichteten aus finanziellen Gründen darauf, ihre Kinder weiterhin zur Schule zu schicken. Dadurch stieg die Zahl der AnalphabetInnen nach unterschiedlichen Quellen auf zwischen 10 und 27 Prozent. Auch die medizinische Versorgung wurde abgebaut. Von den einst 1375 medizinischen Posten des Landes blieben nur etwa die Hälfte in Betrieb. Als Folge stieg etwa die Kindersterblichkeit auf hohe acht Prozent an. In der Weltwirtschaftskrise 2008/09 erfolgten weitere Kürzungen von Sozialprogrammen. Von der 1924 zum Ziel der Entwicklung des Landes erhobenen «Auslassung» das Kapitalismus oder wenigstens seiner Schattenseiten konnte seit den 90er Jahren keine Rede mehr sein.

Christian Koller, Jg. 1971, ist Senior Lecturer in Modern History an der Bangor University (Wales) und forscht u. a. zur Militär-, Arbeiter-, Rassismus- und Sportgeschichte.